

UNTERNEHMENSSTEUERREFORM III EMS-CHEMIE-CHEFIN MAGDALENA MARTULLO

# «Bei einem Nein würden wir wohl weniger investieren»

**SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo sagt, was die Unternehmenssteuerreform III für ihre Ems-Chemie und die Schweizer Wirtschaft bedeutet. Zudem verrät sie, warum ihr Vater Christoph Blocher als Parlamentarier stets ein Zettelchen mit seinen Steuerinformationen in der Jackentasche hatte.**

*Interview: Bernhard Kislig*

**Frau Martullo, ist es tatsächlich so, dass bei einem Nein zur Unternehmenssteuerreform III viele Firmen aus der Schweiz abwandern und Arbeitsplätze verloren gehen?**

*Magdalena Martullo:* Ja. Bei der Reform geht es um die 24 000 internationalen Unternehmen, die heute eine Spezialbesteuerung haben und bei uns über sieben Milliarden Franken Steuern bezahlen und 150 000 Personen beschäftigen. Die wollen wir natürlich nicht gehen lassen, sonst müssten wir alle mehr zahlen oder massiv sparen. Mit der Reform können die Kantone ihnen Ersatzangebote machen. Diese Gesellschaften würden zwar mehr Steuern zahlen als heute, aber nicht den Normalsatz.

**Was würde die Ems-Chemie tun, wenn das Stimmvolk die Reform ablehnt?**

Wir verkaufen 95 Prozent im Ausland, produzieren aber knapp die Hälfte in der Schweiz. Wir investieren hier jedes Jahr über 30 Millionen Franken. Das können wir nur, solange die Schweiz steuerlich konkurrenzfähig bleibt. Wir haben ja noch weitere 24 Produktionsstandorte in fünfzehn Ländern.

**Nochmals: Welche Folgen hätte ein Nein für Ihre international**

**aufgestellte Gruppe?**

Unser steuerliches Holdingprivileg würden wir unabhängig vom Abstimmungsausgang verlieren. Die Reform bietet Ersatzinstrumente für die zukünftige Steuerpolitik.

**Könnten Schweizer Unternehmen bei einem Nein nicht einfach die heutigen Steuerprivilegien beibehalten?**

Leider nicht. Die anderen Länder akzeptieren diese Privilegien nicht länger und werden die Unternehmen nochmals in ihrem Land besteuern. Eine doppelte Steuerlast kann keine Firma ertragen.

**Was wären die finanziellen Folgen für die Ems-Chemie, wenn sie bei einem Nein auf das Holdingprivileg verzichtet?**

Wir müssten auf einen Schlag 5 Millionen Franken mehr Steuern bezahlen. Das ist für uns sehr viel. Gewisse Investitionen würden sich in der Schweiz nicht mehr rechnen.

**Wie sähe das bei einem Ja zur Abstimmungsvorlage aus?**

Es steht noch nicht fest, wie der Kanton Graubünden die Reform umsetzen wird. Die Kantone sind da frei. Kontakte mit der Regierung haben ergeben, dass wir ungefähr gleich viel Steuern bezahlen werden wie heute, aber mehr in Forschung und Entwicklung investieren. Das ist für den Kanton interessant.

**Und privat zahlen Sie mit der Reform im Kanton Zürich weniger Steuern?**

Nein, rund eine halbe Million mehr.

**Sie gaben im Parlament auf eine entsprechende Nachfrage Auskunft, dass Sie insgesamt 15 Millionen Franken Steuern zahlen.**

Von unserer Familie ist alles öffentlich bekannt – auch das, was nicht stimmt. (lacht) Mein Vater hatte jeweils einen Zettel in der Brusttasche. Darauf standen seine Steuern und wie viel Franken er mit der Ems-Chemie verdienen muss, um selber einen Franken Steuern bezahlen zu können. Wenn die Linken ihm vorwarfen, er versteuere nichts, konnte er die Zahlen angeben.

**Sie haben die Prominenz der Familie Blocher angesprochen. Hat das öffentliche Interesse an Ihnen nochmals zugenommen, seit Sie im Nationalrat sind?**

Ja, stark. Als Kind wollte ich nie bekannt werden. Das konnte ich halt jetzt nur kurze Zeit aufrechterhalten. (lacht) Wir alle sind so aufgewachsen, unser Vater stand seit je im politischen Rampenlicht. Da gab es manchmal in Zeitungen auch polemische Berichte.

**Was zum Beispiel?**

Der «Blick» berichtete einmal, dass meine Eltern geschieden und wir Kinder auf Drogen seien, was natürlich alles nicht stimmte. Heute sind alle vier Geschwister Unternehmer, aber niemand sonst ist in der Politik. Ich wollte das eigentlich auch nie.

**Warum taten Sie es trotzdem?**

Es hat sich irgendwie ergeben. Ich ärgerte mich als Unternehmerin wirklich sehr über die schlechte Bundespolitik. Da wollte ich der Jungen SVP Graubünden zu einem zweiten Nationalratssitz verhelfen. Dieser war zwar nicht zu erwarten, wir kämpften trotzdem. Zum Schluss reichte es sogar, und jetzt bin ich halt in Bern.

**Hat der Vater Sie ermuntert?**

Nein. Er sagte, das sei meine eigene Entscheidung. Er kennt natür-

lich auch die Schattenseiten der Politik.

**Zum Thema Prominenz: In der Satiresendung «Giacobbo/Müller» hat Fabienne Hadorn Sie schon parodiert.**

Ja, das hat sie gut gemacht. Ich musste wirklich lachen.

**Ein Steilpass für Satiriker war der dokumentarische Film des Schweizer Fernsehens, der Sie bei einer Schulung von Mitarbeitern zeigte. Dabei bezeichneten Sie jemanden mit «You dreamer, du».**

Das ist schon sechs Jahre her, und eigentlich lohnt es sich nicht, noch gross darauf einzugehen. Nur so viel: Diese Szene hat so gar nie stattgefunden. Verschiedene Äusserungen von mir und die Bilder wurden zusammengeschnitten. In der gezeigten Form ergibt das Ganze keinen Sinn.

**Wehrten Sie sich gegen diese Szene?**

Vor der Ausstrahlung sagte ich zum Regisseur: Da hauen Sie mich doch bewusst in die Pfanne. Mir war es aber wichtiger, dass er eine andere Szene, wo er einen meiner Mitarbeiter unvorteilhaft darstellte, herauschnitt. Natür-

**«Von unserer Familie ist alles öffentlich bekannt – auch das, was nicht stimmt.»**

lich wusste ich damals nicht, dass mich diese Szene ein Leben lang begleiten würde. Aber damit kann ich leben. Und was das Englisch angeht: Ich führe viele Verkaufsverhandlungen auf der ganzen Welt. Offenbar genügen meine Kenntnisse dafür, einen Umsatz von knapp zwei Milliarden Franken zu erzielen.

**Welche Ziele verfolgen Sie in der Politik?**

Ich möchte die Schweiz vorwärtsbringen, dem Bürger und den Unternehmen Spielraum für Innovation und Eigenverantwortung lassen. Wir sollten in Bern viel weniger regulieren. Leider

macht die FDP noch nicht mit. Sie reden zwar stets vom Bürokratieabbau, zu konkreten Handlungen konnten sie sich noch nicht durchringen.

**Und die Mitte?**

Auch von der Mitte kommen keine grossen Würfe. CVP, BDP und Grünliberale lassen sich eher treiben. Sie entscheiden kurzfristig, ob sie sich links oder rechts anschliessen. Die Entscheide im Nationalrat fallen deshalb oft nur mit wenigen Stimmen Differenz. Wenn die SVP bei den nächsten Wahlen noch Sitze dazugewinnt, dann könnten wir endlich stabilere Mehrheiten bilden.

**Apropos FDP: Sie leitet die Kampagne zur Unternehmenssteuerreform III. Sind Sie zufrieden mit ihrer Arbeit?**

Die FDP dürfte mehr Einsatz zeigen. Aber sie ist ja nicht allein entscheidend. Sehr viele Beteiligte unterstützen die Steuerreform: alle kantonalen Finanzdirektoren, die Wirtschaftsverbände, die meisten Gemeinden und neben der SVP auch die CVP und die BDP. Haben Sie noch eine Frage?

**Ja, noch einige.**

Sie wissen, dass ich auch Bürgerin des Kantons Bern bin?

**Nein, das wusste ich nicht.**

Seit Generationen haben wir ein Bürgerrecht in Schattenhalb bei Meiringen. Auch meine drei Kinder haben das Bürgerrecht übernommen. Der Ururgrossvater meines Vaters ist damals als Lehrer nach Schattenhalb gekommen.

**Und kennen Sie das Berner Oberland?**

Ja, als Kind waren wir immer in Mürren in den Skiferien. Eiger, Mönch und Jungfrau sehe ich auch von meinem Büro in Herrliberg aus. Ich fühle mich den Bergen sehr verbunden.

**Im Parlament wurden Sie auch schon als «Frau Blocher» angesprochen. Kommt das oft vor?**

Ja, häufig. Da bin ich unkompliziert. Ich trage auch keinen Doppelnamen. Den linken Politike-

rinnen scheint der Doppelname sehr wichtig zu sein. Ich setze eher auf Inhalt als auf die Form.

**Sie treten in die Fussstapfen Ihres Vaters.**

Das war eigentlich früher nicht meine Absicht. Ich sagte immer, dass ich nicht in die Ems-Chemie einsteigen, sondern lieber etwas Eigenes machen wolle. Mit 30 stieg ich dann doch für zwei bis drei Jahre ein, um von meinem Vater zu lernen. Er wurde aber bald darauf unvermittelt Bundesrat, und da stand ich als Nachfolgerin halt gerade zur Verfügung. Inzwischen führe ich das Unternehmen dreizehn Jahre.

**Wie Ihr Vater sind Sie inzwischen auch in der Politik.**

Wie gesagt, ungeplant. Als international tätige Unternehmerin kann ich in Bern jedoch durchaus etwas bewegen. Das bringt der Schweiz etwas. Persönlich bin ich mit der Doppelbeanspruchung Unternehmen und Politik oft stark gefordert.

**Zurück zur Einstiegsfrage: Würde die Ems-Chemie bei einem Nein abwandern?**

Nein, wir gehen nicht einfach so. Wir würden aber wahrscheinlich weniger investieren.

**Das bedeutet?**

Wir sind ein grosser Chemiebetrieb – wir können nicht von einem Tag auf den anderen die Zelte abbrechen und gehen. Das wollen wir auch nicht. Aber bei jeder neuen Investition berechnen wir, wo diese erfolgen muss, damit wir langfristig konkurrenzfähig bleiben. Steuern sind da ein wichtiger Faktor. Aus dem Ausland bekommen wir laufend interessante Angebote. Gerade deshalb kämpfe ich für einen attraktiven Standort Schweiz. Von ausländischen Firmenchefs, wie sie viele internationale Grosskonzerne in der Schweiz kennen, kann man das nicht erwarten. Viele Firmen können auch relativ einfach gehen. Zurückkommen werden sie aber dann wohl nie mehr.

**Haben andere Standorte tatsächlich viel mehr zu bieten**

**als die Schweiz?**

Gerade aus Asien bekommen wir sehr attraktive Angebote. Singapur würde uns zum Beispiel gern bei sich haben. Auch in China bezahlen wir dank eines Sonder tarifs für innovative Unternehmen weniger Steuern als in der Schweiz. Die Schweiz mit ihren hohen Löhnen und dem kleinen Heimmarkt braucht attraktive Steuern, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

**Der Stadtzürcher Finanzdirektor Daniel Leupi...**

... ist ein Grüner.

**Er hält die Drohung, dass massenweise Firmen das Land verlassen, für Angstmacherei. Er verweist auf Hinweise, dass in der Stadt Zürich die meisten auch bei einem Nein bleiben würden.**

Er erwartet, dass seine Firmen wegen ihrer schönen Bürogebäude und der attraktiven linksgrünen Politik in Zürich bleiben, sogar wenn sie plötzlich viel mehr Steuern bezahlen müssten. Ich habe noch nie erlebt, dass eine Firma wegen eines schönen Gebäudes an einem Standort bleibt. Verantwortliche von grossen Zürcher Unternehmen berichten mir anderes. Eine soeben publizierte Umfrage bei Unternehmen der Stadt Zürich stellt fest, dass Zürcher Unternehmen mit der Verkehrssituation und

den Steuern unzufrieden sind. Bedenklich, wenn man als Finanzdirektor solche Informationen aus einer Umfrage erfahren muss.

**Einzelne Gemeinden kann es hart treffen. Die freisinnige Bieler Finanzdirektorin Silvia Steidle lehnt deshalb die Reform ab.**

Sie möchte offenbar lieber eine Reform, die zwar die heutigen Privilegien ebenfalls abschafft, aber den Kantonen keine Ersatzinstrumente anbietet. Was wäre die Folge davon? Die Kantone müssten die Gewinnsteuern für alle Unternehmen noch stärker senken, um konkurrenzfähig zu sein, und die Ertragsausfälle wären wesentlich grösser, weil in diesem Fall viel mehr Firmen viel weniger Steuern zahlen würden.

**Was hat denn Biel sonst für Möglichkeiten?**

Ein Standort muss für Firmen attraktiv sein. Neben den Steuern zählen auch unbürokratische Abläufe, gut ausgebildete Spezialisten, Sicherheit und eine hohe Lebensqualität. Auch in Biel gibt es international aufgestellte Unternehmen – es ist denkbar, dass diese nach der Reform zusätzliche Gewinne in die Schweiz verlagern.

**Tatsache ist aber, dass die Reform zu Mindererträgen führt.**

Ich glaube, dass es am Anfang eine Delle bei den Einnahmen

geben kann, weil sich die Unternehmen neu organisieren müssen. Gleichzeitig zahlen die bisher privilegierten Unternehmen aber sofort mehr Steuern als bisher. Danach rechne ich mit allgemein steigenden Steuererträgen. Ich hatte bereits Gespräche mit mehreren ausländischen Firmen, welche nach der Reform in die Schweiz ziehen wollen. Jede Reform der Unternehmenssteuern hat in der Schweiz bisher deutlich höhere Einnahmen gebracht. So zahlen die Unternehmen heute viermal so viel Steuern wie 1990.

**Es gibt keine Erfolgsgarantie: Luzern hat die Steuern für Unternehmen vor einigen Jahren auf den schweizweit tiefsten Satz gesenkt und schlitterte in finanzielle Probleme.**

Der Kanton Luzern hat den Steuersatz ab 2011 halbiert. Seither sind 1400 Firmen zugezogen, und 8000 neue Stellen wurden geschaffen. Man rechnet bereits für 2019 wieder mit gleich viel Einnahmen wie vor der Steuersatzsenkung. Vor ein paar Wochen wollte die Linke zurück auf die höheren Steuersätze. Das Volk hat dies klar abgelehnt. Offensichtlich sind die Luzerner der Meinung, dass attraktive Steuern für alle ein Vorteil sind. Das glaube ich auch.



**Magdalena Martullo** tritt im Unternehmen wie in der Politik in die Fussstapfen ihres Vaters. Das habe sie nie beabsichtigt, sagt sie.

*Bilder Andreas Blatter*



«Auch in Biel gibt es international aufgestellte Unternehmen – es ist denkbar, dass diese nach der Reform zusätzliche Gewinne in die Schweiz verlagern.»